



Trauer um Schroeter
Der deutsche Regisseur Werner Schroeter ist einem Krebsleiden erlegen. Seite 12

Foto: AP/Mediac

Wachsame Augen und mehr Geld

Viele Absichtserklärungen, einige wenige konkrete Pläne und lautstarker Protest von nicht eingeladenen Opferinitiativen – das war der erste und in dieser Form letzte runde Tisch zum Thema Missbrauch.

Von Carmen Baumgartner

Wien – Draußen vor der Tür des Familienministeriums stehen sich ein paar Hand voll Demonstranten die Füße in den Bauch, auf dem Boden Puppen und Stofftiere verteilt – sie prangern an, dass keine Opfer zum runden Tisch eingeladen worden waren. Zwei Journalisten taten bei der Pressekonferenz nach der dreistündigen Veranstaltung ihren Unmut darüber auch lautstark kund.

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner und Familienstaatssekretärin Christine Marek (beide ÖVP) nahmen den Protest zur Kenntnis. Und erklärten einmal mehr, warum es bei dem runden Tisch gehen sollte: „Um Prävention, Reaktion und Sensibilisierung, nicht um die Aufarbeitung einzelner Fälle“, so Bandion-Ortner. Außerdem sei die Perspektive der Opfer durch entsprechende Orga-

nisationen repräsentiert worden, meinte Marek. Mit ihrer Parteikollegin und Opferanwältin der Kirche, Waltraud Klasnic, stünden sie in ständigem Kontakt – sie versäumte den runden Tisch, weil sie sich auf einem seit Längerem geplanten Termin im Ausland befand.

Was bleibt an konkreten Ergebnissen von der einmaligen Veranstaltung?

„Wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden“, man könne auf vorhandene Standards aufbauen, stellte Marek fest. Am konkretesten fiel unter den vielen Absichtserklärungen der Vorschlag für die Aus- und Weiterbildung von pädagogischem Personal aus, der mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) besprochen werden soll. Künftig sollte etwa in der Ausbildung zumindest eine Semesterveranstaltung der Sensibilisierung für das Thema Kindesmissbrauch gewid-



Unmut vor dem Familienministerium – einige Opfervertreter waren nicht zum runden Tisch geladen. Foto: APA/Fahrlinger

met werden, schlug Marek vor. Auch bei den bereits tätigen Pädagogen soll hier in der Fortbildung um fünf Stunden aufgestockt werden. Wie viel

Geld man dafür wo lukrieren muss, blieb offen. Jetzt begannen erst die Gespräche mit den anderen Ressorts, so Marek. Auf den finanziellen

Aspekt wies auch der Kinder- und Jugendpsychiater Max Friedrich hin: „Wir leben in einem reichen Land, für den Schutz der Kinder brauchen

wir aber Geld. Geld und nochmal Geld.“ Was er nicht empfiehlt, ist hingegen eine gesetzliche Anzeigepflicht bei Verdachtsfällen, dies würde dem Kindeswohl zuwiderlaufen, meinte er. Bandion-Ortner sah sich durch die Fachleute auch bestätigt, was die Verjährungsfrist betrifft. Die derzeitige Regelung sei ausreichend. Dafür soll es künftig in jeder Staatsanwaltschaft einen Ankläger als Anlaufstelle für Missbrauchsfragen geben. Bandion-Ortner appellierte auch an die Zivilcourage, es brauche „achtsame Augen“ in der Bevölkerung.

Statt dem runden Tisch tagt ab Mai ein Expertengremium beim Familienministerium, das die Zusammenarbeit aller betroffenen Stellen verbessern soll. Auch die Hotline der Initiative „Die Mäwe“ wird aufgestockt. Die Stellung der Politikerinnen als besonders neutral. (Telefon 0800/808088).

Psychotherapeuten sehen reine PR-Aktion der Regierung

Opfer, die sich nach Jahrzehnten an lange Verdrängtes erinnern, bräuchten professionelle Hilfe.

Wien – Bereits vor Beginn des runden Tisches im Familienministerium ging gestern der Berufsverband der Psychotherapeuten (ÖBVP) in die Offensive. Die Experten übten scharfe Kritik an der katholischen Kirche und der

gestrigen Veranstaltung der Regierung. ÖBVP-Anwältin Eva Plaz (sie hatte auch die Kinder von Josef F. juristisch betreut) vermutete, „eine reine PR-Aktion, während in Wirklichkeit nichts für die damaligen Opfer getan wird“. Prä-

vention sei eine gute Sache, der runde Tisch sende aber unter anderem das Signal aus, dass man an den alten Fällen von damals kein Interesse habe. Auch an Waltraud Klasnic, der von Kardinal Schönborn eingesetzten Opferanwältin,

übte Plaz Kritik. Klasnic hätte keinerlei Kompetenz, den Opfern drohe aber eine Retraumatisierung, wenn sie nicht von Experten betreut würden. Auf der Website der ÖBVP, www.psychotherapie.at, ist seit gestern eine Liste jener Psychotherapeuten zu finden, die Erfahrung in der Arbeit mit Missbrauchsopfern haben.

Eva Mückstein, Präsidentin des Verbands, sprach von mittlerweile 700 Verdachtsfällen. Sie kritisierte die starke Verflechtung von Kirche und Staat, was dazu führe, dass die staatliche Kontrolle nicht funktioniere. Damit die Betroffenen eine Therapie bezahlen könnten, bräuchte es unbedingt einen (von der Kirche gespeisten) Opferfonds, sagte der Innsbrucker Psychotherapeut Manfred Deiser, der auch die „Plattform Betroffener Kirchlicher Gewalt“ mitbegründet hat. Er ärgerte sich darüber, dass keine Opfervertreter zum runden Tisch eingeladen wurden. (car)



Der Verband der Psychotherapeuten ist unzufrieden damit, wie die katholische Kirche mit den Missbrauchsfällen umgeht. Foto: AP/Reuters

Fälle an den Staatsanwalt

Innsbruck – Bei sexuellen Missbrauchsfällen soll die Kirche immer die staatlichen Stellen einschalten. Das ist eine der Richtlinien, die, wie berichtet, der Vatikan nun auf seiner Homepage veröffentlicht hat.

In Innsbruck hat die Diözese schon vorab auf die Missbrauchsfälle reagiert und vor zwei Wochen eine Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft getroffen, wie

erst jetzt bekannt wurde. Jeder Anrufer wird laut Leiter der Ombudsstelle Hans Tauscher darauf aufmerksam gemacht, dass sein Fall auf Wunsch an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wird. „Mehrere Menschen haben von diesem Angebot bereits Gebrauch gemacht“, sagte Tauscher im Gespräch mit der TT.

Weitergeleitet wird die Aussage im Auftrag der je-

weiligen beschuldigten Institution, „dass diese dazu Nein sagt, das geht natürlich nicht“, sagt Tauscher. Die Vereinbarung gilt für alle Fälle, egal wie lange der Missbrauch zurückliegt und wie schwer er war, „denn wir als Ombudsstelle wissen ja nicht, ob ein Fall strafrechtlich relevant ist. Zudem handeln wir auch, wenn der vermeintliche Täter bereits verstorben ist.“ (wa)

Kommentar

Von Carmen Baumgartner

Bitterer Beigeschmack

Runde Tische sind oft nicht mehr als ein Fototermin. Insofern ist im Familienministerium gestern doch viel Konkretes herausgekommen: bessere Ausbildung von Pädagogen und eigene Staatsanwälte für Missbrauchsopfer – dagegen wird kaum jemand etwas haben. Nur, woher das Geld dafür nehmen, wenn nicht stehlen? Justizministerin Bandion-Ortner und Staatssekretärin Marek müssen darauf pochen, dass ihre Absichtserklärungen auch umgesetzt werden, wenn man ihnen die Ernsthaftigkeit ihrer Beteuerungen abnehmen soll. Denn dass die Missbrauchsfälle aus der Vergangenheit schlichtweg ausgeklammert werden und sich Psychotherapeuten und Opfervertreter ignoriert fühlen, gibt dem Ganzen doch einen bitteren Beigeschmack.

